



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 70 / Juli 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

während dieser Juli-Plenartagung befassten wir uns u.a. mit der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel, den Regeln für Lebensmittelzusatzstoffe, der Preistransparenz bei Flugtickets, dem Grünbuch Stadtverkehr, dem Erdgasbinnenmarkt und der künftigen Erweiterungsstrategie der EU. Außerdem hatten wir hohen Besuch, der sich durch eine fast hermetische Abriegelung des Parlamentsgebäudes und sämtlicher Zufahrtsstraßen ankündigte: Der Staatspräsident Frankreichs, Nicolas Sarkozy, erläuterte dem Europäischen Parlament die Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes.

Frankreich übernimmt Ratsvorsitz

Nach Slowenien übernahm nun Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft. Zu den zentralen Themen der kommenden sechs Monate zählen nach den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten der Klimawandel sowie neue Regelungen zu Umweltschutz, Einwanderung, Nahrungsmittelsicherheit und Gesundheit. Von herausragender Bedeutung wird auch die Antwort der EU auf das „Nein“ der Iren zum Vertrag von Lissabon sein.

Emissionshandel im Luftverkehr

Der Luftverkehr gehört zu den großen Umweltverschmutzern. Daher soll er nun in den Handel mit Emissionszertifikaten ein-

bezogen werden, der bislang auf energieintensive Industriebranchen, wie Kraft- und Stahlwerke, angewandt wird. In Zweiter und letzter Lesung stimmten wir also der Richtlinie zur Einbeziehung des Luftverkehrs in das EU-Handelssystem für Emissionszertifikate zu. Im Vorfeld dieser Abstimmung hatten sich Vertreter des Parlaments und des Ministerrats auf einen Kompromiss geeinigt. Hiernach sollen alle Fluggesellschaften, die in Europa starten und landen, ab 2012 in den Emissionshandel einbezogen werden. 85 % der Emissionszertifikate werden dann kostenlos verteilt, 15 % versteigert. Die Einnahmen aus der Auktion werden zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt, z.B. für die Forschung, die Entwicklung „sauberer“ Flugzeugmotoren, die Bekämpfung der Abholzung in der Dritten Welt und für die Unterstützung emissionsarmer Transportsysteme.

Reform des Erdgasbinnenmarktes

Nach dem Beschluss über die Öffnung der Strommärkte im Juni stimmten wir nun über die Zukunft des Erdgasbinnenmarktes und die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungen ab. Ziel ist die Schaffung eines wettbewerbsorientierten, sicheren und ökologisch nachhaltigen Erdgasbinnenmarktes. Die Mitgliedstaaten sollen zwischen zwei Möglichkeiten der „Übertragungsnetzentflechtung“ wählen können, nämlich zwischen einer vollständigen eigentumsrechtlichen Entflechtung

oder einem unabhängigen „Übertragungsnetzbetreiber“. Wichtiger Bestandteil der Regelung sind auch die Stärkung und Absicherung der Verbraucherrechte.

Grünbuch Stadtverkehr

Des Weiteren nahmen wir Stellung zum Grünbuch Stadtverkehr der Europäischen Kommission, einer nach meiner Auffassung sehr heiklen Angelegenheit. Die europäische Ebene ist für den innerstädtischen Verkehr schließlich in keiner Weise zuständig. Trotzdem versucht die EU-Kommission, sich hier Kompetenzen zu konstruieren. Es sind aber die kommunalen Mandatsträger, die die Probleme in ihren Städten lösen müssen! Zwar stehen die europäischen Städte vor ähnlichen Problemen und Herausforderungen, aber die Gegebenheiten und die Strukturen der Städte variieren natürlich stark. Maßgeschneiderte Lösungen sind erforderlich, und die findet man eben nur zuhause, nicht in Brüssel! Die EU-Kommission kann allenfalls unterstützend tätig werden, indem sie den Austausch bewährter Praktiken voranbringt.

Lebensmittelzusatzstoffe

In einer weiteren Zweiten Lesung beschlossen wir eine verbesserte und entbürokratisierte Genehmigung von Lebensmittelzusatzstoffen, Aromen und Enzymen. Die neue Regelung bringt eine Harmonisierung für den EU-Binnenmarkt und damit Rechtssicherheit für Hersteller und Handel; zusätzlich wird Schutz der Verbraucher auf hohem Niveau sichergestellt. Künftig gelten EU-weit also klare und einheitliche Regeln für Zusatzstoffe. So sollen z.B. auch Lebensmittel, die bestimmte Farbstoffe enthalten, besser gekennzeichnet werden.

Preistransparenz bei Flugtickets

Oft entpuppt sich ein „Schnäppchen-Billigflug“ als Mogelpackung: Steuern, Flughafengebühren und andere Zusatzkosten werden erst im Nachhinein sichtbar und sorgen für böse Überraschungen. Um dieser

Irreführung ein Ende zu bereiten, beschlossen wir die neue Verordnung "über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten". Sie aktualisiert und vereinfacht das "dritte Liberalisierungspaket zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftverkehrs-Binnenmarktes" aus dem Jahr 1992. Künftig müssen Passagiere von vornherein über den tatsächlichen Flugpreis sowie über alle anfallenden Zusatzkosten informiert werden, haben also wirkliche Preistransparenz bei Flugtickets.

Erweiterungsstrategie

Die letzten Erweiterungen der EU waren nicht nur für die neuen, sondern auch für die alten Mitgliedstaaten von großem Vorteil. Das Wirtschaftswachstum wurde angekurbelt, und z.B. gerade in der Bundesrepublik Deutschland konnten wegen der neuen Exportmöglichkeiten viele bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Die gesamte EU profitiert von der Festigung des Friedens, der Stabilität, der Freiheit und des Wohlstandes. In einer Grundsatzdebatte stellte das EP nun aber klar, dass künftig in erster Linie die Erweiterungsfähigkeit der EU selbst sichergestellt sein muss. Im Klartext bedeutet das: Wir müssen uns neue Mitglieder wirklich leisten können, und das gilt es strikt zu überprüfen!

Ihnen wünsche ich nun eine schöne Ferienzeit! Bis zum nächsten Straßburgbrief im September grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de